

Unsicherheit im Handelsstreit versetzt Wirtschaft in den Krisenmodus



3 **Abkommen zu Handelszöllen steht zum Herbst erneut auf der Kippe**

Lautstarke Kritik an der EU nach Verhandlungen mit den USA ebbt nicht ab

4 **Trumps „Stimmungsschwankungen“ und ihre Folgen**

Zweifel an der Zuverlässigkeit des US-Präsidenten wurden abermals bestätigt

TOP-THEMA

5 **Hohe Ausgaben für Rohstoffe trotz Bereinigungen**

Preiskorrekturen auf dem Rohstoffmarkt entlasten Einkäufer nur bedingt

8 **Europa sucht nach einem Ausweg aus der Rohstoff-Abhängigkeit**

Investitionen und stärkere Partnerschaften sollen Europa in die Zukunft führen



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

Nochmalige Abwärtskorrektur der deutschen Wirtschaft

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nicht zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie sahen sich die Analysten des Statistischen Bundesamtes zu einer Korrektur ihrer Prognosen veranlasst. Waren die Wiesbadener Experten bisher von einem minimalen Wirtschaftswachstum von 0,1 % für das 2. Jahresquartal ausgegangen, zeichnete die Erwartung Ende August ein negatives Bild. Das Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem 1. Quartal um 0,3 %. Viele Unternehmen dürften sich in ihrer Wahrnehmung durch die aktualisierten Daten bestätigt fühlen. Als Hauptproblem nennen die Statistiker weiterhin die problematische US-Handelspolitik, die viele Industriesparten und den Außenhandel schwer belastet. Auch international bleibt die Lage angespannt. Das Ifo-Institut geht für 2025 von einer globalen Inflationsrate von 4,0 % aus.

Mit besten Grüßen,
Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

NEWS 3

- ☐ Handelsabkommen ist kein Garant für langfristige Sicherheit

NEWS 4

- ☐ Trump setzt den Hardliner-Kurs in Zollfragen fort

TOP-THEMA 5

- ☐ Protektionismus könnte Rohstoffpreise ausbrechen lassen

KURZMELDUNGEN 8

- ☐ Hoffnung auf Entlastungen durch neue Rohstoffpartnerschaften



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Am 01. Oktober 2025 von 10:00 bis 12:30 Uhr laden wir Sie herzlich zu unserem nächsten kostenlosen Online-Netzwerkevent ein.

Freuen Sie sich auf spannende Impulsvorträge zu aktuellen Außenwirtschaftsthemen und nehmen Sie direkt umsetzbare Tipps für Ihre Arbeit im Außenhandel mit.

Jetzt gratis anmelden unter: link.zolex.de/connect



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 7 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2025 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „Unsicherheit im Handelsstreit versetzt Wirtschaft in den Krisenmodus“ liegt der Ausgabe 10/2025 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

NEWS

Handelsstreit mit den USA fordert Tribut von Europas Wirtschaft

Die Verschlechterung des Wirtschaftsausblicks des Statistischen Bundesamtes lässt sich vorrangig mit den schwierigen Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten erklären. Das Handelsabkommen zwischen den USA und der EU erntete mehr Kritik als Zuspruch aus der Wirtschaft und seitens führender Wirtschaftsverbände. Zum Redaktionsschluss nahm der Zoll-Deal allmählich Formen an. Die Senkung der europäischen Einfuhrzölle auf Fahrzeuge aus den USA war dabei nur ein Punkt. Bekannt wurde außerdem, dass Europa seine US-Investitionen deutlich aufstocken soll. Noch war die Einigung nicht rechtsverbindlich. Überraschende Meinungsänderungen Donald Trumps bleiben ein Risiko.

Deutsche Inflation ab 2026 wahrscheinlich leicht rückläufig

Hinsichtlich der erwähnten weltweiten Inflationsrate zeigte sich zur Mitte des 3. Quartals ein erwähnenswerter Aspekt, der zumindest bedingt positiv zu bewerten ist. Trotz aller Sorgen innerhalb der deutschen Wirtschaft erwarten die Ökonomen des Münchener Ifo-Instituts eine Teuerung in Höhe von 2,4 % für das laufende und von 2,3 % für das kommende Jahr. Damit läge Deutschland zwar knapp über den 2,0 %, die die Europäische Zentralbank für EU-Mitgliedsländer als mittelfristiges Ziel anstrebt, um stabile Preise sicherzustellen. Auch gegenüber der Prognose der EU-Behörde Eurostat für den Euroraum aus dem Frühjahr (2,0 %) würde die hiesige Inflation leicht höher liegen. Im Vergleich zur Ifo-Erwartung für die Weltwirtschaft (4,0 %) wiegen deutsche Probleme vermeintlich nicht ganz so schwer. Allerdings: Im Juli belief sich die Inflationsrate auf 2,0 % und liegt damit auf dem Juni-Niveau. Im Rahmen der Vorhersagen dürfte nun der Verlauf im Handelsstreit sozusagen „eingepreist“ sein.

Bessere Konsumbedingungen, sinkende Investitionen

Davon abgesehen sagen die Einschätzungen zur Inflation – national wie international – nicht automatisch etwas über die eigentliche Situation der Wirtschaft aus. Dies zeigte sich im Referenzmonat August sehr eindrücklich. Gemeint ist die auf der vorherigen Seite bereits angesprochene Schrumpfung der deutschen Wirtschaft. So änderte das Statistische Bundesamt seinen bisherigen Ausblick auf die ökonomische Entwicklung. Zuvor ging man lediglich von einem Rückgang um 0,1 % aus. Die Probleme im Bereich der Industrieproduktion sorgten inzwischen für eine Anpassung der Prognose auf 0,3 % für das 2. Quartal 2025 in der Gegenüberstellung zum Startquartal. Dabei hatte sich der Staats- und Privatkonsum im Zeitraum durchaus günstig entwickelt. Laut den Statistikern zeigte sich von Anfang April bis Ende Juni ein „deutlicher Rückgang“ der Investitionen in mehreren wachstumsrelevanten Bereichen.

Stellvertretend sei im Zusammenhang nochmals auf die deutsche Automobilbranche hingewiesen. Gemäß einer Studie der Beratungsgesellschaft EY sind hier binnen 12 Monaten bereits 51.500 Stellen abgebaut worden. Krisenbedingt dürfte die Zahl rasch weiter steigen.

Umsatzeinbrüche nicht nur auf dem US-Markt

Genauer gesagt: in den Sparten Maschinen, Fahrzeuge und Bauten. Hinzu kam das Fehlen positiver Impulse durch den Außenhandel. Das vorausgegangene Wachstum in Höhe von 0,3 % erklärte die Behörde mit vorgezogenen Geschäften vieler Unternehmen als Reaktion auf die drohenden höheren US-Zölle. Im 2. Quartal hätten viele Firmen des Weiteren nicht nur im US-Geschäft Einbußen hinnehmen müssen. Ebenso seien Umsätze auf dem chinesischen Markt niedriger als erhofft ausgefallen. Die neuen Zölle werden diese Schwierigkeiten in noch nicht vollends absehbarem Maße verstärken.

Wirtschaftsministerium fordert schnelle Nachbesserungen

Das Bundeswirtschaftsministerium unter Führung der CDU reagierte ebenso umgehend wie vorhersehbar auf die neuesten Prognosen: Der Bund müsse dringend Maßnahmen einleiten, um einer weiteren Abnahme des BIP entgegenzuwirken. Es sei klar, dass die bisher beschlossenen strukturellen Maßnahmen noch nicht ausreichend seien, um der Krise Herr zu werden. Der „Standort Deutschland“ müsse endlich wieder wettbewerbsfähig werden, um zurück auf einen Wachstumskurs zu kommen.

IW-Chef sieht Bringschuld bei der Regierung Merz

Für eine Aufstockung der momentanen Investitionspläne des Bundes sprach sich wegen schlechter Konjunkturzahlen zudem der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Michael Hüther, aus. Die Daten würden nochmals eindeutig die bestehenden Standortnachteile verdeutlichen. Als Knackpunkte nannte Hüther neben dem Fachkräftemangel im Land und den US-Einfuhrzöllen hohe Lohnneben- und Energiekosten. Unternehmen würden aus Angst allzu oft allein in Substanzerhalt investieren, statt Geld in zukunftssträchtige Technologien oder allgemein neue Märkte zu stecken. Gefragt seien weitreichende staatliche Investitionen, um Anreize für die Wirtschaft zu schaffen. Optimistischer äußerte sich Dirk Schmitz, Deutschland-Chef des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock. Er sieht in Deutschland dieser Tage ein spannendes Investitionsumfeld für ausländische Geldgeber und eine „Aufbruchstimmung“ im Land.

Die Frage bleibt: Wie verlässlich sind die USA als Partner?

Um militärische Aspekte soll es hinsichtlich der Zuverlässigkeit der USA an dieser Stelle nicht gehen, obwohl es nach den letzten Gesprächen über ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine durchaus viele Sorgen gibt, wie lange Trump Europa in diesem Punkt zur Seite steht. Im Zusammenhang mit der Wirtschaft und dem Rohstoffmarkt scheinen Bedenken aber nicht minder berechtigt. Kaum waren Ende August neue Einzelheiten zu schriftlichen Vereinbarungen zwischen der EU und den USA publik geworden, gab es umgehend weitere Drohungen des US-Präsidenten. Dieses Mal ging es um europäische Steuern und Regularien für Digitalkonzerne, die Donald Trump ein Dorn im Auge sind.

Kommissionspräsidentin verteidigt Abkommen mit den USA

Selbstkritische Äußerungen aus den Führungsriege der Politik haben bekanntlich Seltenheitswert. So war es wenig verwunderlich, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Bekanntwerden neuer Details zum Handelsstreit mit den USA fast ausschließlich positive Worte fand. Die Einigung sei „eine bewusste Entscheidung“ gewesen. Ganz im Sinne so wichtiger Grundvoraussetzungen wie Stabilität und Berechenbarkeit, ohne die Politik nicht funktionieren könne. Man habe sich ausdrücklich gegen einen noch härteren Konfrontationskurs entschieden, um ein wichtiges Zeichen innerhalb der demokratischen Welt zu setzen. Ein ernster Handelskrieg hätte am Ende nur Russland und China genutzt, so von der Leyens Reaktion auf die doch sehr scharfe Kritik bezüglich der Vereinbarungen zwischen Brüssel und Washington.



Nach dem Streit ist vor dem Streit? Trump bleibt für Europa unkalkulierbar (Quelle: Gerd Altmann/Pixabay).

Europa hofft auf verbindliche Vereinbarungen mit den USA

Von der Leyen bezeichnete den Deal, der wechselseitig maximale Zölle von 15 % zusichert, als einen zwar nicht perfekten, jedoch starken Kompromiss. Durch weitere Vergeltungszölle wäre Europa Gefahr gelaufen, in einen kostspieligen Handelskrieg zu steuern. Die Folgen einer solchen Entwicklung wären sowohl für Industrie und Beschäftigte als auch für Verbraucher schwerwiegend gewesen. Ein Problem: Die Vereinbarungen beziehen sich vorrangig auf strategisch entscheidende Wirtschaftsbereiche wie Halbleitertechnologien, den Pharmasektor und die Automobilbranche. In anderen Sparten – etwa dem Stahlmarkt – sind sehr wohl höhere Zölle denkbar, wie aus der Rahmenvereinbarung hervorgeht. Auf der anderen Seite hatte sich die EU bereit erklärt, Zölle auf US-Autos von vormals 10 % auf 0 % zu senken. Ganz allgemein

galten zum Redaktionsschluss in den USA die sogenannten Meistbegünstigungszölle, bis die Vereinigten Staaten abschließend über die ergänzenden Zölle entschieden haben. Für Stahl, Aluminium und zugehörige Derivate wollen die Partner rasche Lösungen zur Sicherung ihrer Lieferketten schaffen, um ihre Märkte vor internationalen Überkapazitäten zu schützen. Zuletzt genannter Punkt bezieht sich unmissverständlich auf Chinas großen Markteinfluss.

EU verpflichtet sich zu enormem Investitionspaket

Europa soll abseits der Zollregelungen seine Abhängigkeit von Russland abbauen. Bis zu 750 Milliarden US-Dollar könnten in den kommenden 3 Jahren in Energie aus den USA fließen. Auch in Kernenergieprodukte, von denen sich Europa eigentlich sukzessive verabschieden will. Weiterhin hat Europa die Absicht, 40 Milliarden € in den Kauf der für den Ausbau Künstlicher Intelligenz benötigten Chips zu investieren, um so mithilfe der Vereinigten Staaten die „Versorgung mit strategischen Rohstoffen“ zu sichern. Europäische Regeln für den Digitalsektor blieben von den Verhandlungen unberührt. Die EU-Kommission verwies darauf, mit den USA nicht über Themen wie den Digital Markets Acts (DMA) zu verhandeln.

Trump will Partner bei Digitalsteuern zum Einlenken zwingen

Diese Digitalregeln waren in der letzten Augustwoche Anlass neuer Drohungen Trumps. Knapp eine Woche nach der gemeinsamen Zollerklärung meldete sich der US-Präsident zu Wort. Die Statements lasen sich gewohnt dramatisch. Europas Digitalsteuern und Vorschriften für digitale Märkte würden darauf abzielen, US-amerikanischen Technologien und Unternehmen zu schaden. Länder, die derlei Regulierungen (dazu gehört neben EU-Staaten auch Großbritannien) zugrunde legen, könnten von den USA bald mit neuen Zöllen oder gar Exportstopps belegt werden. Über sein Hausmedium „Truth Social“ warnte Trump vor der Diskriminierung von US-Firmen. Bei entsprechender Einstufung könne man sich die Einführung erheblicher zusätzlicher Zölle und Exportbeschränkungen bezüglich der Technologie aus den USA vorstellen. Erneut bezeichnete der US-Präsident sein Land als „Fußabtreter der Welt“. Es zeigt sich hier, wie viel Trump von gemeinsamen Erklärungen hält.

TOP-THEMA

Kosten für Energie und andere Rohstoffe – das ewige Thema

Die Tatsache, dass sich die Stimmung der deutschen Wirtschaft laut Ifo-Geschäftsklima im August leicht aufgehellt hatte, ändert nichts an den übergeordneten Schwierigkeiten. Dies bestätigte auch die zurückhaltende Einschätzung des Ifo-Präsidenten: Clemens Fuest verwies auf die allgemein schwache Erholung und bestätigte damit die Analysen anderer Institute. Unternehmen hätten beispielsweise im Baugewerbe im 1. Halbjahr steigende Aufträge verbucht, was zum Teil infrastrukturellen Mehrausgaben zu verdanken war. Die vorherrschende Wirtschaftsflaute bleibt indes präsent und könnte sich durch den Kampf um die Dominanz auf dem Rohstoffmarkt bis zum Jahresende noch weiter zuspitzen.



Neue Stufe im Handelskonflikt zwischen China und den USA?

Seltene Erden sind nicht erst seit 2020 neben Preisen für Energie ein Problem der Industrie. Neue Zolldrohungen aus den USA könnten den Sektor noch ungleich stärker unter Druck setzen, als es schon jetzt der Fall ist. US-Präsident Trump stellte eine erneute eindeutige Forderung an die Regierung der Volksrepublik. China müsse dringend der Forderung nach der Lieferung von Magneten nachkommen. Andernfalls sehe er sich gezwungen, Zölle in Höhe von bis zu 200 % auf chinesische Produkte zu verhängen. Bekanntlich ist die Produktion solcher Magnete auf Seltene Erden angewiesen. Momentan befinden sich die Volksrepublik und die USA in einer 90-tägigen Pause im Zollstreit. Dass China sich in allen Punkten seinem größten Konkurrenten beugen wird, ist jedoch unwahrscheinlich.

Seltene Erden immer teurer – Rekordpreise bleiben wahrscheinlich

Über den Welthandel mit Seltenen Erden würden Zollanpassungen zwangsläufig Abnehmer in Europa hart treffen. Belegen die USA China mit Sanktionen, wird Peking in anderen Regionen der Welt nach Absatzmöglichkeiten suchen. Auf dem Stahl- und Automobilmarkt hat China bereits seine Fühler nach Europa ausgestreckt – mit Folgen für die Preise und Verkaufszahlen heimischer Hersteller. Trump zufolge lag Ende August eine Einladung des chinesischen Präsidenten Xi Jinping für Gespräche vor. Konkrete Termine oder Ideen für Vereinbarungen hingegen habe es bis dato nicht gegeben. Unabhängig vom Ausgang möglicher Gespräche musste die deutsche Industrie im 2. Quartal mehr für die vor allem aus China importierten Rohstoffe ausgeben. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) berichtete von einem Anstieg der Kosten von 9 % im Vergleich zum 1. Quartal 2025.



Wie andere Seltene Erden legt Neodym konstant zu (Quelle: tradingeconomics.com).

An erster Stelle sehen die Experten den Rohstoff Terbium mit einem Plus von fast 28 %. Gefolgt von Yttrium mit einem Preisanstieg um 17 %. Bei anderen Werten sieht die Entwicklung vergleichbar aus. Der Neodym-Kurs notierte zum Stichtag im Vorjahresvergleich um 59 % höher.

China lässt nichts unversucht, um seine Stärke im Handel auszuspielen

Neben generellen Unsicherheiten durch den globalen Handelsstreit seien insbesondere Chinas Exportkontrollen für Seltene Erden und Magnete die Ursache der Preisentwicklungen, so vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. Der Markt sei dringend auf mehr Stabilität angewiesen. Solange die Konflikte zwischen den USA, Europa und China in vollem Gange sind, wird es jedoch weder stabile Lieferbedingungen noch nachhaltige Sicherheiten geben. Dies trifft neben europäischen Plänen zum Ausbau der E-Mobilität insbesondere den Bereich erneuerbarer Energien.

Anleger wissen um Chancen bei Seltenen Erden

Ein Hinweis auf wahrscheinlich steigende Kurse Seltener Erden waren während des Sommers die zum Teil extremen Gewinne der Aktien chinesischer Förderunternehmen und Anbieter der beliebten Rohstoffe. Die Angst vor einer Verknappung der Marktreserven schürt Hoffnungen bei vielen Anlegern und Investoren. Eine Einigung zwischen den USA und China könnte der „Rare-Earth-Rallye“ ebenso gut ein jähes Ende bereiten. Prognosen zu den Preisen von Rohstoffen wie Terbium sind auf der anderen Seite nicht das einzige Dilemma, dem sich Einkäufer ausgesetzt sehen. Ähnlich schwierig sah es während des Sommers bei Industriewerten und Edelmetallen aus. Genauer gesagt vorrangig bei Rohstoffen wie Gold oder Silber, die nicht nur bei Spekulanten, sondern auch bei Unternehmen der Industrie im wahrsten Sinne des Wortes hoch im Kurs stehen.

Gold könnte bald auf über 3.000 € zurückkehren

Wie so oft, bietet sich die Analyse des Verlaufs beim Edelmetall Gold an, um eine Vorstellung von den Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zu bekommen. Die Tatsache, dass Gold und Silber in Zukunft als gesetzliches Zahlungsmittel in den USA akzeptiert werden könnten, verdient hier nur als Randnotiz Erwähnung. Greg Abbott, Gouverneur des Bundesstaats Texas, hatte im Juli bereits durch ein Finanzgesetz den Weg freigemacht, damit die texanische Bevölkerung ab 2027 beim Einkaufen auf die beiden Rohstoffe zurückgreifen könnte. Hintergrund des Vorstoßes war die Idee, dem schwächelnden US-Dollar eine Alternative gegenüberzustellen. Solche Ansätze sind kein Auslöser für Preisexplosionen bei Edelmetallen. Sie verdeutlichen aber, dass schwierige Kursentwicklungen des Dollars allmählich Reaktionen hervorrufen.



Gold ist um die Rückkehr zu Höchstständen bemüht (Quelle: finanzen.net).

Streit zwischen Trump und US-Notenbank könnte Gold ausbrechen lassen

Akut unternahm Gold zum Spätsommer den Versuch, Verluste aus der Zeit nach dem Allzeithoch aus dem Mai auszugleichen. Damals hatte der Preis zeitweise ein Niveau von fast 3.018 €

erreicht. Im Zeitraum von 3 Monaten lag der Preis zum Redaktionsschluss knapp unter 2.900 € pro Feinunze um 1,3 % im Minus. Genauso hoch wiederum lag der Gewinn während der vergangenen 4 Wochen, der den Kurs wegen der Ängste vieler Marktteilnehmer wieder leicht über den erwähnten Stand beförderte. Entscheidend ist ohnehin der langfristige Analysezeitraum. Und dieser deutet auf eine fortgesetzte Aufwärtskorrektur hin. Das schwierige Verhältnis zwischen der US-Notenbank und dem US-Präsidenten hat das Potenzial, dem Goldpreis und anderen Edelmetallen den Boden für baldige Ausbrüche zu ebnet.

Donald Trumps Konflikte mit der Federal Reserve (FED) sind bekannt und regelmäßig Thema in den Medien weltweit. Die Angriffe des US-Präsidenten auf Fed-Gouverneurin Lisa Cook sind nur ein Exempel für die aggressive Politik der Administration der Vereinigten Staaten auf die US-Notenbank.

Silber lässt Gold in der Kursanalyse nochmals hinter sich

Der FED-Streit hinterließ nicht allein bei Gold einen vorläufig bleibenden Eindruck. Vorbörslich zeigten sich bei Silber Signale für einen längeren Seitwärtsverlauf. Inzwischen kehrte der Kurs auf über 33 € zurück und liegt damit im 12-Monats-Fenster um beinahe 24 % in der Gewinnzone.



Silber hält sich noch mehr als Gold im Höhenflug (Quelle: finanzen.net).

Wie entwickeln sich die Energiepreise in den nächsten Wochen?

Das Scheitern des Ausbruchs über die vermutete langfristige obere Begrenzung des Trends zugunsten einer Konsolidierung sprach zum September für erneute Gewinne. Dies wies erneut darauf hin, dass der Silberpreis die Performance der großen Schwester Gold für längere Zeit hinter sich lassen könnte. Ohne Frage steht Silber im Umfeld der US-Zölle als Gewinner nicht allein da. Deshalb müssen Energiepreise und Industrierohstoffe in den nächsten Abschnitten eine Rolle spielen. Ein Thema für die Zukunft dürften die reduzierten Förderraten des Bündnisses „OPEC+“ werden. Das Bündnis kündigte eine Senkung der Ölproduktion auf ein merklich geringeres tägliches Niveau als in den vergangenen Jahren an.

Um beim Thema Energie zu bleiben: Die Internationale Energieagentur (IEA) hat ihre Vorhersagen für den Rohölmarkt gesenkt und damit den Aussagen der Staaten der OPEC und der OPEC+ in Teilen zumindest einen Riegel vorgeschoben. Die Bereinigung bleibt nur eine kurzfristige Tendenz. Seit Wochen zeigte sich bei den Ölpreisen eine Erholung, die Talfahrt aus dem Sommer könnte trotz der Gespräche zwischen den USA und Russland für eine Entspannung sorgen. Die Ölkurse als solche sind in den letzten Wochen weiter gefallen. Der WTI-Kurs um gut 2,00 %. Im 3-Monats-Fenster ging es dennoch um 3,8 % bergauf. Bei der Sorte Brent verhielt sich der Verlauf ähnlich. Die Ölpreise bleiben somit ein Hinweis für die nächste wirtschaftliche Bewegung. Der Kurs pro Barrel der Sorte Brent fand sich bei knapp 59 € ein.



Der Brent-Preis könnte bald wieder über 60 € klettern (Quelle: finanzen.net).

Kupfer bleibt zum Herbst ein kritischer Rohstoff

Das Industriemetall bewegte sich Ende August nochmals auf ein neues Hoch. In diesem Bereich war es wieder die Auseinandersetzung Trumps mit der US-Notenbank, die dem Kurs zu einem sattem Hoch verhalf. Der Streit in diesem Punkt droht immer mehr aus dem Ruder zu laufen. Über Monate war der Preis für Kupfer gestiegen. Nachdem die USA eine Reihe von Kupferimporten von den eigentlichen Regelungen für Importzölle ausgenommen hatten und verschiedene Zölle vorläufig vollständig aussetzten, folgte ein spürbarer Einbruch. An diesen wiederum schloss sich eine Stabilisierung oberhalb vom 8.200 € an. Die Angst vor Kursexplosionen ist keineswegs gebannt. Vielmehr zeigten die Ausschläge, wie empfindlich der Rohstoff auf politische Verwerfungen reagiert. Kupfer dürfte von kommenden Plänen des US-Präsidenten stärker als andere Industriewerte betroffen sein.

Davon abgesehen ist Kupfer als regelrechter Industrie-Tausend-sassa besonders gefragt – für die Aufrechterhaltung der globalen Stromnetze etwa ist das Metall unverzichtbar. Hier schließt sich gewissermaßen der Kreis durch die enorme Relevanz der Entwicklungen innerhalb der US-Politik und -Wirtschaft für den Markt.



BEI DER ROHSTOFFVERSORGUNG NICHT NUR AUF POLITISCHE PLÄNE SETZEN

Unterstützende politische Maßnahmen und Abkommen sind wichtig für den Einkauf. Jedoch können aktuelle Gespräche mit den USA und anderen Partnern immer nur eine sichere Versorgung in der Zukunft anstreben. Für sofortige Lösungen braucht es Eigeninitiative. So abgedroschen der Begriff des „Netzwerkers“ auch klingen mag, so ausschlaggebend sind stabile Bündnisse in der Krise. Eigene Ideen für Recycling-Programme können sich kleinere und mittlere Unternehmen oft nicht leisten. Umso wichtiger können Konzepte auf Verbandsebene sein.

Kampf um globale Rohstoffreserven wird mit harten Bandagen geführt

Die Rolle, die Kupfer auf dem Rohstoffmarkt spielt, kam bereits in früheren Ausgaben zur Sprache. Dabei steht das Halbedelmetall sinnbildlich für die schwierige Gesamtsituation. Nicht nur bei Kupfer versuchen die USA, durch ihre Zollpolitik den Grundstein für eine Verlagerung von Produktionsstätten zu legen. Wie China lassen die Vereinigten Staaten nichts unversucht, mit Subventionen, günstigen Krediten und Steuererleichterungen eine künftige Eigenversorgung sicherzustellen. Bei anderen strategisch wichtigen Rohstoffen verhält sich die Lage ähnlich. Emerging Markets wie Indien setzen auf vergleichbare Anreize, um den Aufbau eigener Rohstoff-Infrastrukturen zu erreichen. Zentraler Vorteil der erwähnten Länder sind kürzere Genehmigungswege. Das bürokratische „Monster“ EU hat im Vergleich bei diesem Thema das Nachsehen. Um bei KI und Elektromobilität nicht den Anschluss zu verlieren, muss Europa bei Rohstoffen dringend nachbessern.



AUF ALLE EVENTUALITÄTEN VORBEREITEN – EINE FRAGE DER MÖGLICHKEITEN

Das Dilemma vieler Unternehmen bleibt das Fehlen von Alternativen. Ganz zu schweigen vom Mangel an Kapazitäten und finanziellen Mitteln, um durch die Krise zu kommen. Chancen für relativ günstige Käufe am Rohstoffmarkt in Relation zu den bisherigen Höchstpreisen gab es sehr wohl. Allein kurzfristige Entscheidungen sind häufig wirtschaftlich nicht tragbar. Zum Druck durch internationale Mitbewerber kommt der Konkurrenzkampf im heimischen Sektor hinzu. Hier ist die Politik gefragt, die Industrie zu fördern, um Wachstumspotenziale nutzbar zu machen.

KURZMELDUNGEN

Viele Stolpersteine bis zum europäischen Herbst

Herausforderungen gibt es für die Politik zu jeder Zeit. Doch selten waren diese so zahlreich wie im Sommer 2025. Der Krieg in der Ukraine und der Konflikt im Nahen Osten beschäftigen die Vermittler weltweit, baldige Lösungen sind noch immer nicht in Blickweite. Bezogen auf die Wirtschaft ist es für Deutschland und Europa neben eigenen Problemen bekanntermaßen der Handelsstreit mit den USA. Die Empörung war groß, als Donald Trump der EU nach den Gesprächen mit weiteren Strafzöllen drohte. Hier zeichnet sich ebenfalls eine längere Verhandlungsphase ab. Besonders skeptische Prognosen erwarten eine Fortsetzung der Krise bis zum Ende der zweiten Amtszeit Trumps oder gar darüber hinaus. Es gibt jedoch einzelne Lichtblicke. So etwa in Form eines neuen Abkommens mit Kanada zur Versorgung mit kritischen Rohstoffen.

Union und SPD wollen im Herbst „dicke Bretter bohren“

Die Arbeit der Bundesregierung war in den ersten Monaten nach Aufnahme der Geschäfte von regelmäßigen internen Streitigkeiten belastet. Die Personalie Frauke Brosius-Gersdorf, die nach einigem Hin und Her auf einen möglichen Posten beim Bundesverfassungsgericht verzichtete, zeigte einmal mehr das schwierige Verhältnis zwischen den Unionsparteien und der SPD. Nach der Sommerpause sollte der große Neustart folgen, von einem „Herbst der Reformen“ war die Rede. Statt parteipolitischen Scharmützeln wollte man endlich eine Vielzahl wichtiger Reformen in Angriff nehmen.

Korrekturen im Sozial-, Renten- und Pflegesektor sind ein Umfeld, das beim Schließen großer Haushaltslücken helfen soll. Aktuelle Berechnungen zur Folge fehlen dem Bund bis zum Jahr 2029 rund 172 Milliarden €. Auf der anderen Seite will die Große Koalition endlich eine Investitionswende einläuten. Bisherige Investitionen gehen der Wirtschaft nicht weit genug.

Unternehmen eher zufrieden mit der Koalitionsarbeit

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Studie des Münchner Ifo-Instituts. Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage teilten 1.200 Unternehmen ihre Meinungen zur Arbeit der Bundesregierung mit: 41 % der Befragten vergaben die Schulnote 1 oder 2, im Durchschnitt erhielt die Koalition die Note 3. Eine Besserung der Wirtschaftsstimmung seit Amtsantritt attestierten 72,6 %. Das Vertrauen ist also durchaus groß. Deutliche Aufstockungen wünschen sich die Unternehmen dennoch, eine „Investitionsoffensive“ sei nicht erkennbar.

Wirtschaft fordert starke Investitionsbereitschaft vom Bund

Auch wollen nur 18 % der Firmen dem Beispiel des Bundes folgen und selbst in Deutschland investieren. Wichtig seien Entlastungen, wobei wie üblich Bürokratieabbau und das Thema Stromsteuer angeführt werden. Für Abhilfe sollen unter anderem 500 Milliarden € neue Schulden für die Bereiche Infrastruktur und Klimaneutralität sorgen. Richtig eingesetzt könnten die Milliardensummen durchaus Chancen bieten, wie Experten bestäti-

gen. Bundeskanzler Merz ruft alle Beteiligten zur Ehrlichkeit auf, um die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen.

Beziehungen zu Kanada sollen stark ausgebaut werden

Mit der Ankündigung neuer Exportkontrollen hatte Peking den Druck auf die Märkte kürzlich erhöht. Im Hinblick auf die Abhängigkeit von Chinas Rohstoffen will Deutschland noch stärker auf den Partner Kanada setzen. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche bezeichnete die von beiden Ländern unterzeichnete Absichtserklärung als „Signal für Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit“. Das Ziel: Kanada soll helfen, die Diversifizierung bei der Lieferung von Rohstoffen zu verbessern. Nicht nur bei Seltenen Erden oder Lithium könnte ein Abkommen Chinas Einfluss beim Ausbau entscheidender Zukunftstechnologien zugunsten Deutschlands und Europas reduzieren.

Handelskonflikt – eine Geschichte ohne absehbares Ende?

Die Androhung neuer Strafzölle wegen Regulierung und Besteuerung von US-Digitalunternehmen kurz nach der Einigung auf ein Rahmenabkommen verdeutlichte die Unsicherheit im Handelsstreit nochmals. Einzelne Beobachter hatten bereits im Treffen zwischen Donald Trump und Ursula von der Leyen eher eine Inszenierung und den Beginn einer Atempause im Konflikt als eine langfristig belastbare Konfliktlösung gesehen. Für diese Meinung spricht die lange Vorlaufzeit, bis aus der Einigung ein verbindliches Zollabkommen wird. Trump sieht die USA am sprichwörtlichen längeren Hebel. Die veröffentlichten Details des Deals zu Einfuhrzöllen bestätigten diese Einschätzung weitgehend. Nicht nur der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) verlangte von der EU Nachverhandlungen.

Wie viel ihm der Begriff der Vertragstreue bedeutet, demonstrierte Trump dann durch seine erneuten Zoll-Warnungen, sollte Europa bei der Behandlung amerikanischer Technologieunternehmen nicht seinen Wünschen folgen. Eine dauerhaft geltende Einigung im Konflikt um die Zölle scheint in weiter Ferne. Selbst ein „No-Deal“ könnte das Ergebnis sein.